

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Okt. 2021

[Handwritten signature]

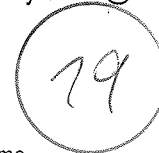
AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

12.10.2021

Waffenverbotszone in Fulda

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt, den Magistrat damit zu beauftragen,

- eine Waffenverbotszone nach §42 WaffG – ggf. durch Einbeziehung einer höheren Behörde – für den Bereich „Schlossgarten – Pauluspromenade – Domplatz“ zu errichten, in welcher das Führen von Schuss- und Schreckschusswaffen, Hieb-, Stoß- und Stichwaffen, wie Schraubendreher, Hammer und andere metallene oder scharfkantige Werkzeuge, Handschuhe mit harten Füllungen sowie Tierabwehrsprays und Messer aller Art untersagt ist. Das Mitführen von Abwehrsprays durch Frauen zum Zwecke der Selbstverteidigung soll vom Verbot ausgeschlossen werden.*

Begründung:

In den letzten Wochen haben sich der Domplatz, sowie daran angeschlossen die Pauluspromenade und der Schlossgarten als Treffpunkte vieler Bürger etabliert. Damit einher geht leider auch ein zunehmendes Konfliktpotential, das seinen tragischen, vorläufigen Höhepunkt am Montagabend, 27. September gegen 18:50 Uhr fand, als ein 19-jähriger Mann auf der Pauluspromenade - nahe dem Schlossgarten - unvermittelt mit einem Messer auf einen 18-Jährigen einstach und diesen schwer verletzte.

Mit dem Antrag soll gerade an Orten, welche überwiegend der Erholung und Entspannung dienen sowie von großer touristischer Bedeutung sind, die örtliche Sicherheitslage angehoben sowie das Gefährdungspotential gesenkt werden. Er unterstreicht durch die beantragte Maßnahme, dass das Gewaltmonopol einzig und allein in den Händen des Staates liegt.

Mit der Ausnahmeregelung für Frauen beim Mitführen von Abwehrsprays zur Selbstverteidigung soll dem Geschlechterungleichgewicht, wonach Männer überwiegend Täter einer Gewaltstraftat sind, Rechnung getragen werden

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Okt. 2021

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

20

Datum

12.10.2021

Kapazitäten im Frauenhaus erhöhen

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt, den Magistrat damit zu beauftragen,

- die Kapazitäten im Fuldaer Frauenhaus mindestens zu verdoppeln

Begründung:

Zum Aktionsplan der EU, der sich auch die Bundesregierung verschrieben hat, zur Bekämpfung von sexueller Diskriminierung, gehört auch die Zurückdrängung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen, welche die schlimmste Form der sexuellen Diskriminierung von Frauen darstellt.

Da Frauen aufgrund einer Abhängigkeitssituation von Ihrem gewalttätigen Partner, aber auch aus falsch verstandener Treue und Angst vor Einsamkeit nur in seltenen Fällen häusliche Gewalt zur Anzeige bringen, helfen härte Gesetze nur bedingt weiter.

Rückzugs- und Zufluchtsmöglichkeiten für Frauen sind ein erfolgversprechendes Hilfsangebot in einer schwierigen Lebenssituation. Sie bieten die Möglichkeit die eigene Situation und die Beziehung zum gewaltbereiten Partner zu reflektieren und sich neu zu sortieren.

Im Jahr 2020 lebten 36 verschiedene Frauen im Fuldaer Frauenhaus. Gleichzeitig musste man 60 Anfragen wegen Vollbelegung ablehnen (siehe Antwort des Magistrats auf eine kleine Anfrage der AfD/Bündnis-C Fraktion vom 30.06.2021). Ein entsprechender Mehrbedarf liegt damit auf der Hand.

Mit freundlichen Grüßen



Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -



Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 13. Okt. 2021
<i>[Handwritten signature]</i>

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name



Datum

12.10.2021

Lärm-Messungen in den Nachtstunden gegen Autoposer

Antrag:

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,
den Magistrat damit zu beauftragen,*

- In den Nachtstunden von 22:00 – 06:00 Lärmmessungen an Hauptverkehrsstraßen über einen Zeitraum von 6 Monaten durchzuführen*

Begründung:

Bürger berichten unserer Fraktion von nächtlichen Störungen durch sogenannte „Autoposer“, die in niedrigen Gängen mit hohen Drehzahlen nachts durch Fulda von Ampel zu Ampel sprinten.

Wenn dabei die zulässige Geschwindigkeit nicht überschritten wird, helfen die Blitzanlagen dem Problem nicht ab. Um der Problematik der Autoposer abzuwehren, gibt es in Frankreich zum Beispiel bereits einen Feldversuch mit Blitzeranlagen, die nach Geräuschpegel auslösen.

Inwiefern weitere Maßnahmen in Fulda notwendig sind, soll zunächst eine Erhebung über das Störpotential durch die beantragten Geräuschpegel-Messungen erfolgen.

Diese könnten durch mobile Messstationen an vers. Stellen der Frankfurter, der Petersberger, Künzeller und Maberzeller Straße erfolgen, wobei diese vorzugsweise im Beschleunigungsbereich nach Ampelanlagen sinnvoll zur Problemerkennung aufgestellt werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

—

—

—

DIE LINKE. Die PARTEI

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 13. Okt. 2021
<i>M. R.</i>

Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
ute@die-partei-fulda.de
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236
Fulda, 13.10.2021

Antrag
SVV 26.10.2021



Umgestaltung Heinrich-von-Bibra-Schule

Beschlussvorschlag

Die Schulgemeinde wird eng in die Planungen der baulichen Umstrukturierung der Heinrich-von-Bibra-Schule eingebunden.

Begründung

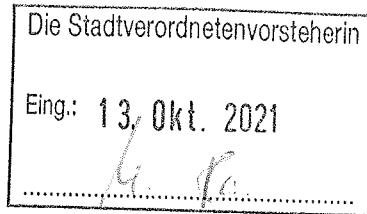
Da die Fläche des sanierungsbedürftigen Sportplatzes für eine Wohnbebauung vorgesehen ist, wird der Bebauungsplan der Stadt Fulda, Nr. 196 „Neufassung St.-Vinzenz“ erstellt. Die geplante Neukonzeption der Heinrich-von-Bibra-Schule bedarf jedoch einiger weit über den Sportplatzneubau hinausgehender baulicher Veränderungen.

Ute Riebold
Ute Riebold

DIE LINKE. Die PARTEI

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
ute@die-partei-fulda.de
0170 6 123 181 · 0661 90 15 236
Fulda, 13.10.2021

Antrag
SVV 26.10.2021

23

Miese Akustik bei öffentlichen Sitzungen

Beschlussvorschlag

Die Audioanlage im Fürstensaal wird für öffentliche Sitzungen so ausgerichtet, dass auch Besucher*innen der Sitzung folgen können.

Begründung

Die Ausschusssitzungen im Fürstensaal sind leider nur semi-öffentlich, da aus dem Publikumsbereich heraus die Sitzungen nicht verfolgt werden können. Immer wieder beklagen sich Interessierte, dass sie den Wortbeiträgen akustisch nicht folgen können.


Ute Riebold

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

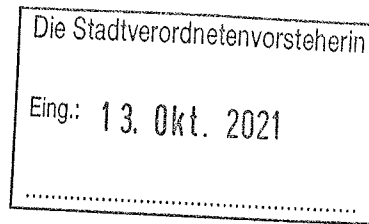
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

info@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 11.10.2021



Antrag zur Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens in der Künzeller Straße zwischen Einmündung Heidelbergstraße und Michael-Henkel-Straße

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Stadtfraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt die Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens in der Künzeller Straße, zwischen der Einmündung Heidelbergstraße und der Michael-Henkel-Straße stadtauswärts, entlang der Friedhofsmauer.

Begründung

Eine der gefährlichsten Stellen für Fahrradfahrer in Fulda befindet sich in der Künzeller Straße, und zwar zwischen der Einmündung Heidelbergstraße und der Michael-Henkel-Straße stadtauswärts, entlang der Friedhofsmauer.

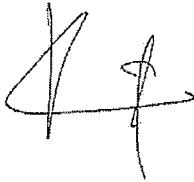


Bis in den Kreuzungsbereich wird der Fahrradverkehr in der Künzeller Straße auf einem Fahrradschutzstreifen geführt. Dieser Schutzstreifen endet nach der Einmündung der Heidelbergstraße direkt an der Bordsteinkante und der Friedhofsmauer.

In diesem Bereich ist das Verkehrsaufkommen sehr hoch (Lkw-Verkehr vom Betriebsgelände Fulda Reifen u.a., Stadtbusse). Für Zweiradfahrer kommt es hier regelmäßig zu lebensgefährlichen Situationen. Sie drohen zwischen Friedhofsmauer und fließendem Verkehr eingeklemmt zu werden.

Wir beantragen daher, den bestehenden Fahrradschutzstreifen im genannten Bereich fortzuführen. Das ist eine einfache, schnell umsetzbare und kostengünstige Möglichkeit, die Gefahrenstelle zu entschärfen. Später angedachte umfassendere Verkehrskonzepte in diesem Bereich würden durch diese Maßnahme nicht beeinträchtigt.

Dr. med. Ralf Schneider

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'SB', written in a cursive style.

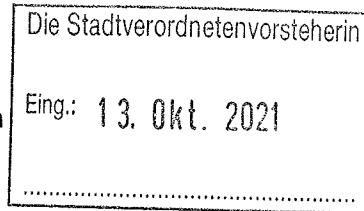
i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | info@gruene-fulda.de | 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 08.10.2021



Antrag

Bezuschussung von Stoffwindeln für junge Eltern/Sorgeberechtigte

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt für Neugeborene und Babys bis zum ersten Lebensjahr einen Zuschuss von 75,00 € für die Anschaffung von Stoffwindeln.

Antragsberechtigt sollen Eltern mit Neugeborenen und Babys sein, die ihren Hauptwohnsitz in Fulda haben. Sie erbringen den Nachweis über die Geburt des Kindes mit der Geburtsurkunde, den Nachweis über die Anschaffungskosten der Stoffwindeln bei einem Einzelhändler in Fulda (Stadt und Landkreis) mittels Rechnung oder Quittung mit dem Produktnamen.

Der Antrag soll formlos an das Bürgerbüro der Stadt Fulda eingereicht werden können.

Begründung:

Stoffwindeln haben im Vergleich zu herkömmlichen Wegwerfwindeln eine deutlich bessere Umweltbilanz und verursachen kaum Müll.

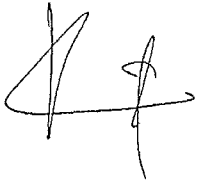
Ein Säugling muss ca. 10x täglich gewickelt werden. Schätzungen gehen von 4.500 bis 11.000 dreckigen Windeln aus, die pro Kind weggeworfen werden. Das entspricht einem Windelberg von ca. einer Tonne und bis zu zehn Prozent des gesamten Restmülls eines Haushalts.

Viele Eltern beschäftigen sich mittlerweile mit dem Einsatz von Stoffwindeln, oft bereits vor der Geburt ihres Kindes. Die Erstausrüstung für Säuglinge ist mit hohen Kosten verbunden. Wegwerf-Windeln sind für viele Eltern derzeit die Standard-Lösung, es gibt sie überall und man kann sie schnell kaufen. Die Vorteile von Stoffwindeln liegen aber auf der Hand:

- Zwar ist eine höhere Anfangsinvestition notwendig, aber schon auf mittlere Sicht sind Stoffwindeln günstiger.
- Stoffwindeln sind gut für die Umwelt und mindern den Haushaltsmüll.
- Wegwerf-Windeln verursachen bei einigen Kindern Hautreaktionen, das kann durch die Verwendung von Stoffwindeln vermindert werden.

Kurzum: Die Förderung von Stoffwindeln ist eine Win-Win-Situation für Eltern, Kinder und die Umwelt – also für uns alle.

Marie-Louise Puls

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'M' followed by a smaller 'L' and a horizontal stroke extending to the right.

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| info@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Okt. 2021

Fulda, 11.10.2021

26

Antrag auf Schaffung eines auch für Menschen mit Behinderungen durchgehend nutzbaren Gehwegs zwischen Emaillierwerk und Oberem Haupteingang des Bahnhofs

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Stadtfraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt die Schaffung eines durchgehend nutzbaren Gehwegs zwischen Emaillierwerk und Oberem Haupteingang des Bahnhofs.

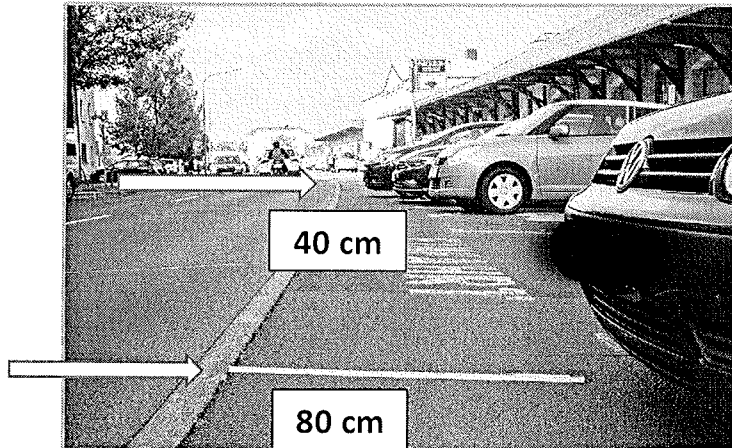
Begründung

Fußgänger, Rollstuhlfahrer, Menschen mit Behinderung und alle, die mit einem Kinderwagen unterwegs sind, gelangen oft nur mit erheblichen Schwierigkeiten und unter Gefahr vom Emaillierwerk zum Hauptbahnhof. Auf dem vielgenutzten Gehweg vom Emaillierwerk zwischen der Überführung über die Petersberger Straße und dem Oberen Haupteingang des Bahnhofs gibt es diverse potentiell gefährliche Situationen.

- **Fehlender Übergang**
Auf den Gehweg fehlt der Übergang vom zuvor gemeinsam geführten Geh- und Radweg



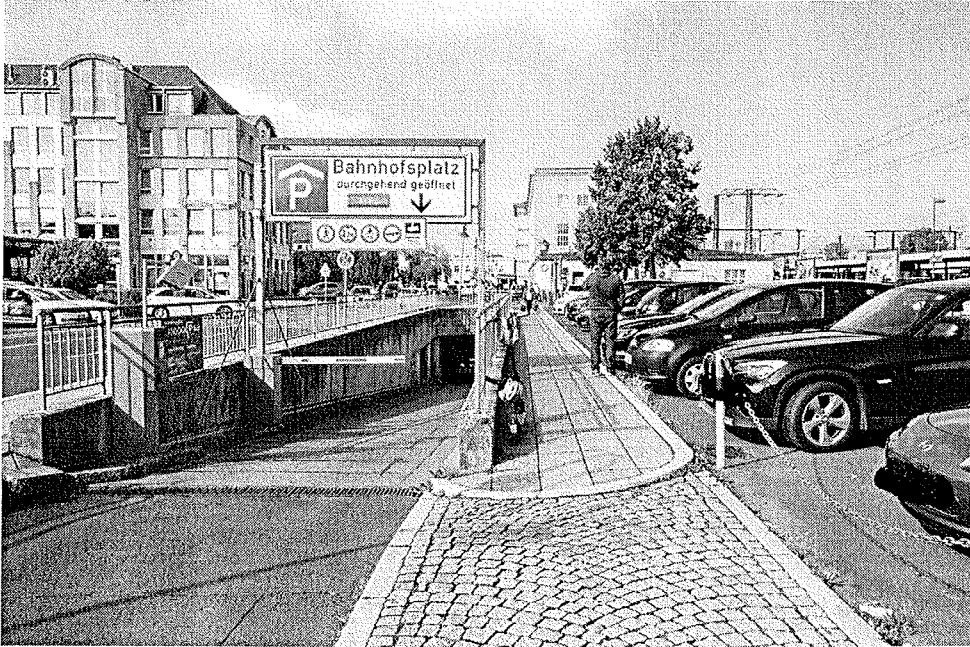
- Zu schmaler Fußweg
Kurz nach dem Ende des Geh- und Radweges, im Bereich des Parkplatzes am Bahnhof, ragen regelmäßig geparkte Fahrzeuge in den Gehweg hinein. Nutzer des Gehwegs haben, selbst bei korrekt geparkten Fahrzeugen, höchstens 1m, teils aber noch weniger Platz zur Verfügung. Sie müssen daher zwangsläufig auf die Straße ausweichen.



- Kopfsteinpflaster
Die Gehwegoberfläche besteht über eine weite Strecke aus ungleichmäßigem Kopfsteinpflaster. Die Nutzung des Gehweges ist deshalb mit Rollstuhl und Rollator, aber auch mit Kinderwagen kaum möglich.



- Hindernis Bordsteinkante
An der Pkw-Abfahrt ins Parkhaus Bahnhofplatz ist der Übergang zwischen dem Kopfsteinpflaster und dem dahinterliegenden Plattenweg für Rollstuhl- und Rollatorfahrer kaum überwindbar. Die dort als Kurve gelegten Bordsteinkante wirkt wie eine Barriere.



Auch wenn die geplante langfristig gedachte Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes wichtig und richtig ist, halten wir es dennoch für notwendig, für die benannten Kernprobleme eine schnelle, sichere Lösung zu finden.

Dr. med. Ralf Schneider

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda